Der Landrat

Kreis Gütersloh
weltgewandt & bodenständig

Beratungsergebnis

der 26. Sitzung des Kreisausschusses
am Montag, dem 05.02.2024

Tagesordnungspunkt:

Öffentliche Sitzung

13. Einführung des Knotenpunktsystems für den Radverkehr - DS-Nr.: 6066/1 -

Die SPD-Fraktion beantragte, den Beschlussvorschlag der Verwaltung um den nachstehenden Punkt zu ergänzen:

3. „Bei der Beantragung der Förderungen für eine Umsetzung im Jahr 2025 sollen Anträge für Radwegebaumaßnahmen aus dem Alltagsradwegenetz – soweit erforderlich – Priorität bekommen."

Im Ausschuss für Mobilität sei seitens der Verwaltung dargestellt worden, dass es gegebenenfalls Schwierigkeiten gebe, sowohl das Knotenpunktsystem als auch Radwegebaumaßnahmen gefördert zu bekommen. Sie wolle daher deutlich machen, dass die Priorität bei den Radwegebaumaßnahmen liegen müsse.

Die CDU-Fraktion teilte mit, dass sie dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen werde. Sie halte das 1995 in Belgien gestartete Projekt für nicht mehr zeitgemäß, denn der eigentliche Sinn und Zweck dieses Programms sei längst technisch überholt. So könne man mit den digitalen Apps, über die heute jeder verfügen könne, die gleiche Wirkung wie die Knotenpunktsysteme erzielen. Zudem könne sie nicht nachvollziehen, wie man ein solches System zu solchen Kosten überhaupt auflegen wolle; man spreche von Kosten zwischen 680.000 € bis 740.000 €. Ebenso erschließe sich ihr nicht, wozu man eine Vollzeit-Ingenieurstelle benötige. Vor dem Hintergrund der allgemeinen Sparbemühungen äußerte sie, dass man an dieser Stelle wirklich sparen könne und zwar ohne ein bereits im Kreis existierendes Projekt zurückzufahren. Darüber hinaus könnten die eingesparten Folgekosten von über 100.000 € pro Jahr sicherlich an anderer Stelle zweckmäßiger ausgeben werden.

Die GRÜNE-Fraktion sprach sich für die Einführung des Knotenpunktsystems aus. Ihr Ziel sei es, den Kreis fahrradfreundlich zu machen und die klimafreundliche Mobilität voranzutreiben. Es werde sowohl das Alltagsradwegenetz als auch ergänzend dazu das Knotenpunktsystem benötigt. Die Bürgermeister hätten den Wert des Knotenpunktsystems erkannt und sich dafür ausgesprochen. In Nordrhein-Westfalen gebe es neben dem Kreis Gütersloh lediglich zwei andere Kreise, in denen es nicht angewandt werde. Ebenso hätten die Fördermittelgeber den Wert erkannt, denn das Knotenpunktsystem werde zu 80 % gefördert. Zudem ließ sie wissen, dass in wenigen Jahren die Re-Zertifizierung für die Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Städte und Kreise anstehe und man auch dafür das Knotenpunktsystem benötige. Das vorgebrachte Argument, dass es nicht zeitgemäß sei, weise sie zurück. Neben kleinen, analogen Schildern gebe es auch einen digitalen Zugang. Frau Weber von der pro Wirtschaft GT GmbH habe im Ausschuss für Mobilität dargestellt, dass es ein großes Plus für die digitale Darstellung der Radverkehrsmöglichkeiten sei.

Darüber hinaus erachte sie die Priorisierung des Alltagsradwegenetzes, wie von der SPD-Fraktion beantragt, an dieser Stelle nicht für notwendig. Sofern die Fördergeldstelle zu einem späteren Zeitpunkt eine

Entscheidung für eines von beiden erwarte, könne man diese immer noch treffen. Auch habe der Vorsitzende des Ausschusses für Mobilität aufgezeigt, dass man mit dem Knotenpunktsystem viel erreichen könne, wenn man zu dessen Gunsten auf einen rd. 700.000 € kostenden Kilometer Radweg verzichte.

Die FDP-Fraktion äußerte ihre Verwunderung, dass angesichts der angespannten Finanzlage ein derartiger Vorschlag seitens der Verwaltung eingebracht werde. Es würden über 700.000 € an Steuergeldern investiert, wovon verteilt über drei Jahre 406.000 € aus Eigenmitteln des Kreises zu leisten seien. Und obwohl die Verwaltung berechtigterweise immer wieder auf den Fachkräftemangel hinweise, solle zur Umsetzung des Projekts eine Vollzeit-Ingenieurstelle geschaffen werden. Sie werde daher den Beschlussvorschlag ablehnen.

Die SPD-Fraktion brachte ein, dass es beim Alltagsradwegenetz darum gehe, gute Verbindungen für Alltagsradler zu schaffen; diese würde ihre Wege kennen und benötigten kein Knotenpunktsystem. Letzteres wäre für den Tourismus und die Werbung nach außen positiv. Sie halte das Knotenpunktsystem aber u. a. aufgrund bestehender technischer Alternativen nicht für notwendig. Ferner führte sie aus, dass man mit der Umsetzung des Alltagsradwegenetzes im Verzug sei. Eine konkrete Erweiterung des Alltagsradwegenetzes werde bei der angesprochenen Re-Zertifizierung stärker zu Buche schlagen als ein Knotenpunktsystem.

Frau Weber, Geschäftsführerin der pro Wirtschaft GT GmbH, äußerte, dass die Einführung des Knotenpunktsystems aus der Sicht der Tourismusstelle eine Investition zugunsten des Radfahrens in der Freizeit sei. Sie informierte, dass es eine eigene digitale App gebe und man von unterwegs sehr flexibel seine Radtour zusammenstellen könne. Zudem erkundigten sich auch Radfahrer, warum es das System im Kreis nicht gebe. Das Knotenpunktsystem sei nicht in Konkurrenz zum Alltagsradwegenetz zu sehen.

Mitglied Altehülshorst (CDU-Fraktion) äußerte, dass er inhaltlich bei der GRÜNE-Fraktion stehe. Er führte aus, dass geplant sei, innerhalb von zehn Jahren 30 km Radwege zu bauen und man gegebenenfalls den Bau eines Kilometers um ein Jahr verschieben müsste. Auch stehe das Alltagsradwegenetz nicht in Konkurrenz zum Knotenpunktsystem. Es sei abzusehen, dass die Einführung abgelehnt werde, sodass der Antrag der SPD-Fraktion ins Leere laufe. Er stellte nochmals den Aspekt des Fahrradtourismus heraus; mit dem Knotenpunktsystem gebe es in fast ganz Nordrhein-Westfalen ein einheitliches Konzept. Er gehe davon aus, dass Thema in zwei bis drei Jahren wieder auf den Tisch komme, und finde es schade, dass die Chance nicht jetzt ergriffen werde.

Die Verwaltung teilte mit, dass sie bewusst in der Vorlage darauf hingewiesen habe, dass sie nicht die personelle Kapazität habe, um beides anzugehen. Zudem werde man mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht beides gefördert bekommen. Ferner bestätigte sie, dass man beim Alltagsradwegenetz im Verzug sei, dies allerdings nur deshalb, weil zwischenzeitlich noch Radwege gebaut worden seien, die man als „Altlasten und Versprechen mitgeschleppt“ habe.

Die SPD-Fraktion äußerte, dass zumindest eine gewisse Konkurrenz bei den Fördermitteln bestehe und bei den knappen Personalressourcen die Priorität auf dem Radwegebau liegen solle.

Die CDU-Fraktion brachte ein, dass es bei dem Knotenpunktsystem nicht darum gehe, neue Wege zu bauen, sondern bestehende Wege für Touren zu vernetzen und für letzteres kein Ingenieur benötigt werde. Zwar möge es ein touristischer Anknüpfungspunkt sein, aber um von A nach B zu kommen, gebe es auf jedem Smartphone bereits genügend technische Hilfsmittel.

Frau Weber verdeutlichte nochmals, dass es sich bei dem Knotenpunktsystem um ein Lenksystem für Radfahrer handele und keinen neuen Wegebau beinhalte.

Nachdem der Landrat die Beschlusslage dargestellt hatte, beantragte die GRÜNE-Fraktion, getrennt über den Beschlussvorschlag der Verwaltung mit den Ziffern 1 und 2 sowie den Antrag der SPD-Fraktion als Ziffer 3 abzustimmen

Der Landrat ließ sodann über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Ergebnis: Abgelehnt (3 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen, 4 Stimmenthaltungen)

Eine Abstimmung über den Antrag der SPD-Fraktion als Ergänzung des Beschlussvorschlages der Verwaltung war somit nicht mehr erforderlich.